

Beilage zu Nr. 15705 der Danziger Zeitung.

Freitag, 19. Februar 1886.

Reichstag.

49. Sitzung vom 18. Februar.

Auf der Tagesordnung steht die erste Berathung des Entwurfs, betreffend die Verlängerung des Socialistengesetzes in Verbindung mit der Berathung der Deitschrift über die von der preußischen, sächsischen und hamburgischen Regierung auf Grund des Socialistengesetzes getroffenen Anordnungen.

Abg. Hasenclever (Soc.): beantragt, der früheren Praxis entsprechend, eine getrennte Berathung beider Gegenstände. Die Abgg. Richter, Windthorst und Marquardsen (nat.-lib.) unterstützen den Antrag, der von den conf. Abgg. v. Hellendorf und v. Malzahn befämpft, schließlich aber gegen die Stimmen der Conservativen angenommen wird, so daß nun zuerst die Deutschrift allein zur Berathung kommt.

Abg. Bierck (Soc.): Der Belagerungszustand ist eine französische Erfindung aus der Zeit, wo die Reaction in Frankreich ihre Orgien feierte. Dieser singte Belagerungszustand kam durch das Gesetz vom 4. Juli 1851 in die preuß. Gesetzgebung und durch Art. 68 in die Reichsverfassung. Seit September 1862 behandelt der Reichskanzler die Gegner seiner Politik als Feinde, er hat zwischen sich und ihnen sich einen Kriegszustand konstruit. Zuerst Kampf mit der Fortschrittspartei, der das innere Doppel zu bereiten ihm, wie er selbst ausgeplaudert hat, wichtiger war als das Verfolgen der nationalen Ziele. Dann 1872 die Maßregeln gegen Elsaß-Lothringen, der Culturfamkampf als Krieg gegen die katholische Bevölkerung des Reichs, der jetzt mit einem nicht sehr rühmlichen Übergang nach Canossa endigt. Alle diese Kriegszüge wurden aber durch die Socialistenhäss übertrifft, nachdem Alles versucht war, die Socialdemokratie für die Ziele der Reaction zu gewinnen. Redner führt nun aus, welche Schritte die Regierung seit 1874 unternommen hat. Der Gedanke des Belagerungszustandes war der Reife nahe. Da half der blöde Hödne oder Hödel, ein durch und durch verlumpter Mensch, und unter Berücksichtigung des Schreckens, den die That des Nobiling, dieses herostratischen Ritters von der traurigen Gestalt, hervorgerufen, unter dem Umfall der Nationalliberalen kam das Socialistengesetz zu Stande. Denn der Reichskanzler kann ohne Kriegszustand nicht leben, eine Haß folgt der anderen, und dabei wird die sociale Frage gelöst, nicht die des armen Mannes, die gegenwärtig ungelöst ist als je, aber die eigene der Herren Großgrundbesitzer und Großindustriellen, und die Reaction schreitet ganz außerordentlich vor. Wäre es ohne Knebelung der Socialdemokratie möglich gewesen, daß ein Mann wie Dr. Stöcker aus seiner Verfentlung hätte aufstehen und über Deutschland die Schmach der Judenverfolgung herbeiführen können, an der Deutschland noch lange zu tragen haben wird? Auf die Judenhaß folgte die Polenhaß mit 30-40 000 Ausweisungen, die ebenso den Zweck hat, die wahren auf das Brantweinmonopol gerichteten Absichten zu verschleiern, wie die Verlängerung des Socialistengesetzes. Denn wir Socialdemokraten sind die entzündtesten Gegner des Monopols. (Der Präsident rinnert den Redner, bei der Sache zu bleiben.) — Die vorliegende Deitschrift bewegt sich in dem bekannten Circelschlaf: das Socialistengesetz hat ungemein gewirkt und es hat noch nicht genug gewirkt; aus beiden Gründen soll es verlängert werden. Ferner soll auf unserer

Fahne der Umsturz alles Bestehenden stehen. Wir sind keine Umsturzmänner, sondern Leute, die wissenschaftliche Studien über die Bewegungsgesetze der modernen Weltwirtschaft gemacht haben und aus diesen Studien wissen, daß die kapitalistische Produktionsweise sich so aufspitzen, daß im gegebenen Moment der Übergang in die gemeinschaftliche Form der Produktion sich unwiderrücklich ergeben muß. Wir haben nur die Massen aufzulären und zu fordern, daß sie in einer culturfördernden Weise an diesem Ziel mitarbeiten. Das ist die ideale Mission, die wir trotz Ihrer Polizeigesetze erfüllen werden. Wir hatten bei den letzten Wahlen etwa 600 000 Stimmen: Das Ausnahmegesetz hat aber schon so gewirkt, daß, wenn wir die Massen zu Gewaltthäufigkeiten auffordern wollten, ich fürchte, wir würden dazu eine größere Zahl gewinnen, als zu unseren friedlichen Wahlkämpfen. Das ist nicht die Schuld unserer Agitation, sondern die Folge der Erbitterung, die das Ausnahmegesetz erzeugt. Sie sollten sich freuen, daß in Deutschland eine mächtige Partei trotz Ihrer Ausnahmegesetze noch besteht, welche im Stande ist, den anarchistischen Tendenzen zu widerstehen. Die Anarchisten sind ein Product des Ausnahmegesetzes, ohne dasselbe könnte von ihnen überhaupt nicht die Rede sein. Die Regierung hat nichts damit erreicht und nur die Zahl der Wähler für unsere Kandidaten in Berlin von 1877-1884 von 32 000 auf 68 500, in Leipzig von 14 600 auf 26 000 erhöht. In Leipzig wurden nach der Deitschrift in einem Jahre nur zwei Personen ausgewiesen, kein Beweis für die Stärke der Elemente des Umsturzes. Dazu ist seitdem noch meine Ausweisung hinzugekommen, weil ich gegen die Unterbrechungen durch den anwesenden Polizeibeamten in einer sonst ganz normal verlaufenden Versammlung Einspruch erhob und eine Beschwerde darüber bei der vorgesetzten Dienstbehörde zu befürworten bereit war. Dazu die Ungleichheit in der Anwendung des Gesetzes und die Gefahr, daß das Coalitionsrecht der Arbeiter illusorisch wird. Alles weist darauf hin, daß das Socialistengesetz nicht verlängert werden darf. (Beifall links)

Abg. Frohme (Soc.): Ich habe in voriger Session über einen Beamten in Altona mich beschwert, der Staatsanwalt hat dann von mir die Schriftstücke darüber eingefordert, die Klageerhebung aber abgelehnt, weil die Unterbeamten für jenen Beamten günstig ausgesagt hätten. Da hat sich die Justiz erniedrigt zur Dirne der Polizei. (Vicepräsident v. Franckenstein ruft den Redner zur Ordnung. Beifall rechts.) Wo ist das Tribunal, vor welchem ich den Staatsanwalt zur Verantwortung ziehen kann, daß er eine ganze Anzahl ehrenhafter Männer als des Meineids fähig hinstellte? Wo ist das Tribunal, hr. v. Puttkamer, vor welchem dieser Mann abzurichten ist, wenn nicht das Tribunal der öffentlichen Meinung, zu welcher ich von hier aus spreche? (Beifall bei den Sozialdem.) Hr. v. Puttkamer nimmt ja stets die lieben Polizeibeamten in Schutz, die als ehrenhafte Beamte einer ungesehlichen Handlung durchaus nicht fähig sind. Wir aber werden für vogelfrei erklärt. Unsere Beschwerden bleiben erfolglos. Redner führt zum Belege Vorgänge in Hanau, Altona und die Friedhofssäffare in Frankfurt a. M. an. Was auch Starkas und Hartes in socialdemokratischen Versammlungen gesagt worden, erreicht bei weitem nicht die unerhört frivole Art, gegen bestimmte Gesellschaftsklassen und Stände zu

heßen, wie wir es erlebt haben in der Stöcker'schen Presse, in seinen Flugschriften, in seinen Zeitungen. (Vicepräsident v. Franckenstein ruft den Redner wegen dieser Auskierung gegen ein Mitglied des Hauses zur Ordnung.) Meine Überzeugung hierüber wird von weiten Kreisen im Volke getheilt. Wir haben uns stets an den positiven Arbeiten dieses Hauses betheiligt. Der Reichskanzler selbst hat hier vor kurzem gesagt, ohne die Socialdemokratie würde die Socialreform nicht begonnen sein. Aber nur die Furcht, der Egoismus, nicht: der eigene Trieb hat die Socialreform des Reichskanzlers hervorgerufen. Das erinnert an jene Zeiten im alten Rom, wo das Volk niedergehalten wurde durch Brod und Spiele. Das Volk aber verlangt sociale Gerechtigkeit! (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Minister v. Puttkamer: Der Abg. Frohme macht mich verantwortlich für alle Misschreitungen von Polizeibeamten. Ich habe aber nie Amtsmissbrauch in Schutz genommen; ich habe es nur stets für meine Pflicht gehalten, bisher untadelhafte Beamte so lange gegen schändliche Angriffe zu schützen, bis man mich von der wirklichen Schuld dieser Beamten überzeugt. Auch die Ausführungen des Abg. Frohme sind deshalb, wenn er keine Belege bringt, unqualifiziert und gemeinfährlich. Neben die Frankfurter Friedhofsangelegenheit kann ich ein abschließendes Urteil noch nicht ausschließen: der Beamte unterliegt zur Zeit noch der criminalgerichtlichen Untersuchung; im März wird erst Termin sein. Der Vorfall selbst ist allerdings überaus traurig, und es ist charakteristisch für die socialdemokratische Partei, daß man hier wie in anderen Fällen Leichenbegängnisse benutzt hat zu politischen Demonstrationen. Ich werde auch künftig jeden Beamten in Schutz nehmen, so lange seine Schuld nicht erwiesen ist. (Beifall rechts.)

Abg. Singer (Soc.): Daß die Socialdemokraten gezwungen sind, selbst so ernste Vorwürfe wie Leichenbegängnisse zur politischen Agitation zu benutzen, verdanken sie gerade Hrn. v. Puttkamer selbst, der es ihnen durch seine Maßregeln unmöglich gemacht hat, sich bei anderen Gelegenheiten nach Wunsch und Bedürfnis zu vereinen. Die Regierung verbietet unsere Versammlungen als gemeinfährlich. Auf der Tagesordnung dieser Versammlungen standen aber Themen wie Getreidezölle, Colonien, die Errichtung neuer Sanitätswachen, die Frage der Sonntagsruhe, die Landtagswahlen, die allgemeine Situation und Ähnliches. Ist die Erörterung eines dieser Stoffe gemeinfährlich? Das Gefährliche am ganzen System Puttkamer ist gerade, daß mit zweierlei Maß gemessen wird, daß die socialdemokratischen Versammlungen anders behandelt werden als die übrigen. Redner behauptet ferner, daß durch die Schrift eines Schweizer Staatsanwalts erwiesen sei, daß deutsche Polizeiagenten in der Schweiz als agents provocateurs die Sache der Anarchisten ermutigten. Aber auch in Berlin kommen solche Dinge vor. In einem biesigen Arbeiterbezirksverein ließ sich ein Mann aufnehmen, der sich Mahlow nannte, sich gleich am Anfang als sehr ehrgeiziger Parteigenosse gerirtte, bald aber weiter ging und es in seinen Aufforderungen zu Gewaltthäften, die er an die Vereinsgenossen richtete, immer ärger und ärger trieb. Er beschäftigte sich auch mit der Organisierung eines Clubs, in dem er Vorträge hielt über Verbesserungen in der Anwendung von Dynamit; er brachte auch mehrmals Proben von Dynamit mit, zeigte sie umher und suchte mehrere Vereinsmitglieder zu überreden, sie sollten von ihm angefertigte

Dynamitbomben, die er das nächste Mal mitbringen wollte, an sich nehmen und verwenden. (Hört! hört!) Das wurde den besonnenen Arbeitern doch zu arg; man forschte dem Gebahren des Mahlow nach, und eines Tages kam der Mann denn auch mit seiner eigentlichen Tendenz herans, indem er ein Vereinsmitglied aufforderte, doch gleich in die Dienste der politischen Abtheilung des Polizeipräsidiums zu treten; mit ehrlicher Arbeit könne man doch nicht weiter, es sei ja gleichgültig, ob ein Spitzel mehr oder weniger vorhanden sei; das sogenannte gute Gewissen möge man ruhig bei Seite werfen. Die Entlarvung des Mahlow fand demnächst statt; er entpuppte sich tatsächlich als Beamter der politischen Polizei, Namens Ihring, wohhaft Gollnowstraße 36. (Lebhafte Bewegung.) In der betreffenden Sitzung des Bezirksvereins, der ich selber bewohnte, wurde der Mann in ziemlich unanständiger Weise aus dem Lokal entfernt; er legitimirte sich auch dem überwachenden Polizeibeamten, in dessen Schutz er sich begab, durch seine Marke als Beamter der politischen Polizei. (Abg. Richter: „Das ist stark! — Pflichtgetreue Beamte, Hr. v. Puttkamer!“) Ich klage meinerseits die Regierung vor dem Lande an, solche Zustände, die durch das Berliner Polizeipräsidium veranlaßt sind, geduldet zu haben. Welches Glück wäre über Berlin hineingebrochen, wenn jener verruchte Mann einen Arbeiter wirklich zu einem Attentat veranlaßt hätte! Die Regierung kann die Verantwortung für jene Dinge nicht von sich abwälzen; sie kann namentlich, nachdem solche Dinge vorgekommen sind, nicht mehr die Verlängerung des Socialistengesetzes vor dem Hause motivieren. Einer solchen Verlängerung sehen wir übrigens mit Ruhe entgegen; wir lassen uns durch solche Maßregeln nicht um Zolles Breite von unserem Standpunkte abdrängen. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Minister v. Puttkamer: Ich bin allerdings mit großem Altematerial versehen, aber es ist doch nicht möglich, von mir zu verlangen, daß ich auf jeden unerwarteten Ueberfall hier vorbereitet seïn soll. (Oho! und Lachen links und bei den Socialdemokraten. Lebhafte Zustimmung rechts.) Hr. Singer konnte sich ja zu mir bemühen und mir die Sache erzählen, dann hätte ich ihm hier Rede stehen können. Der Minister beleuchtet nun einige, von dem Vorredner erzählte Vorfälle, die doch nicht so harmlos gewesen seien, wie er sie dargestellt hat. Hrn. Mahlow habe ich nicht die Ehre zu kennen (Heiterkeit rechts) und bin in vollkommener Unkenntniß darüber, was er im Auftrage der Polizei gethan oder unterlassen hat. Der von Hrn. Singer verfolgte Zweck ist ja ganz klar: es soll der Verdacht erweckt werden, als wenn die Staatsregierung bestrebt wäre, durch agents provocateurs (Sehr wahr! links) Unruhe zu erregen, die sie nachher fructificieren könnte zur Verlängerung des Belagerungszustandes (Abg. Hasenclever: „Sawohl! Sehr wahr!“ Widerspruch rechts.) Ich erlaube mir die Frage zu stellen, ob außer den Herren Socialdemokraten hier ein Mitglied ist, welches die Regierung einer solchen Schandthat fähig hält? (Lebhafte Zustimmung rechts. Lachen links.) Ich habe schon früher dargethan, daß ich ein solches Verhalten als über die Grenze des Erlaubten weit hinausgehend halten würde. Ich werde Untersuchung darüber aufstellen lassen, und wenn es sich heranstellen sollte, daß in missbräuchlicher Weise ein untergeordnetes Organ der Polizei sich erlaubt hat, auf die von Hrn. Singer angedeutete Weise Unfug zu treiben, so würde ich dies mit den schärfsten Disciplinar-

maßregeln abrufen. (Zustimmung rechts.) Ich halte es für ganz selbstverständlich, daß sich die Polizei nicht eines Verbrechens bedienen darf, um ein Verbrechen zu erzeugen. Aber die Sache so darstellen, als ob hier kein Anarchist wäre, welcher polizeilicher Überwachung bedürfe, ist falsch. Führt Dr. Singer den Beweis für seine Behauptung, dann würde ich nicht anstehen, die nötige Remedy einzutreten zu lassen. (Lebhafster Beifall rechts.) Vereinzeltes Klatschen links.

Abg. Singer: Ich nehme gern Ait davon, daß der Minister eine strenge Untersuchung zugesagt hat, die wird sich ja herausstellen, ob daß von mir beigebrachte Material der Wahrheit entspricht. Die Behauptung des Herrn Ministers, ich hätte ihn überfallen (Heiterkeit links), ist doch höchst wunderbar. Wo soll man denn diese Beschwerden anbringen? (Minister v. Puttkamer ruft: "Bei mir selbst!" Staatssekretär v. Boetticher ruft: "Bei dem Hrn. Minister!") Wir erachten es als unsere Pflicht, und es ist der einzige Schutz unserer Partei, daß wir im Reichstage noch ein Wort sprechen können. Damit ist uns nicht gedient, die Sachen zur Kenntnis des Ministers von Mund zu Mund zu bringen. (Aha! rechts), um im Einzelfalle Remedy zu erlangen, sondern wir wollen der Regierung Gelegenheit geben, diese Art von Beamtenbum zu kennzeichnen, öffentlich zu verbreiten. (Sehr gut! links.)

Minister v. Puttkamer: Ich bin mißverstanden: ich habe keineswegs die Befugnis angezweifelt, Beschwerden hier vorzubringen, aber ich habe gewünscht, daß man nicht eine Thatsache in unvorbereiteter Weise hier gegen die Regierung vorbringe und zu verwerthen sucht. Wenn ich in einer Sache eine Entscheidung getroffen, die der Vorredner für unrichtig hält, so ist er berechtigt, sich zu beschweren, aber wenn es sich darum handelt, etwas, wovon ich keine Ahnung habe, hier unvorbereiteter Weise vorzubringen, ohne mich vorher durch Rücksprache oder schriftliche Mitteilung davon zu benachrichtigen, so muß ich sagen, daß es sich um einen tendenziösen Angriff handelt. (Beifall rechts; Widerspruch links.)

Abg. Frohne (Soc.): Der Herr Minister hat erklärt, der Schandhat, mit Agents provocateurs zu arbeiten, sei die Regierung nicht fähig. Man sollte ihm Beweise nennen. Ich verweise Herrn v. Puttkamer auf jenes Einkenntnis des Reichsgerichts, in welchem der bekannte Zeuge Hirsch einer gehörenden Kritik unterzogen ist. Herr Rumpff hat überdies in jener Gerichtsverhandlung offen erklärt, daß die Polizei sich der Spitzel bedienen müsse, um den Socialdemokraten beizukommen.

Minister v. Puttkamer: Ich habe diese Thatsache vor anderthalb Jahren etwa beprochen und mich über dieselbe genau in dem Sinne geäußert, in dem ich heute mich über die Verworflichkeit des Agent-Provocateurthums auslassen habe.

Abg. Heine (Soc.) constatirt, daß er wiederholst persönlich Beschwerden entmehr bei der Regierung in Magdeburg oder der höheren Instanz zur Kenntnis gebracht, aber stets eine abweisende oder gar keine Antwort erhalten habe.

Personalisch erklärt Abg. Singer, daß er mit Bezug auf die anarchistischen Umlaute in der Schweiz nicht von preußischen, sondern von auswärtigen Emissären gesprochen habe. Es ist aber eine Thatsache, daß die Spitzel Friedemann und Wolff Preußen sind. In Betreff des Herrn Mahlo-Thuring wird der Minister hoffentlich bis morgen Gelegenheit finden, den mitgetheilten Thatsachen prüfen zu lassen.

Es folgt die Berathung der Vorlage betreffend die Verlängerung des Socialistengesetzes bis zum 30. September 1891.

Abg. Maher (Württemb.) erklärt Namens der Volkspartei, daß sie gegen die Verlängerung des Socialistengesetzes, wie gegen jedes Ausnahmegesetz stimmen werde. Das Socialistengesetz sei ein Unglück für unser Vaterland, da es die Beleidigung der Arbeiter an der sozialen Gesetzgebung erschwere und den Millionen von Arbeitern die Freiheit raube. Er stehe mitten im Volle, das er hinreichend kenne, und sehe keinen Grund für dieses so

schwer drückendes Gesetz. — Lassen Sie uns zurückkehren auf den Boden des allgemeinen Rechts, gleiches Recht für Alle ist der Boden der Zukunft des deutschen Reichs. (Beifall links.)

Abg. Bebel (Soc.): Ich hätte gewünscht, daß diese Berathung durch eine Rede des Hrn. v. Puttkamer eingeleitet worden wäre; denn bei dieser Vorlage kann er sich nicht entschuldigen, daß er nicht vorbereitet sei. Wenn er trotzdem verzichtet hat, so wird das im Gefühl der Schwäche seiner Argumente geschehen sein, und weil er weiß, daß auf die Mehrheit, welche für die Verlängerung dieses Gesetzes bereits vorhanden ist, die Verhandlungen hier ohne Einfluß sind. Man sieht, daß alle Maßregeln fruchtlos gewesen sind, die socialistische Fluth einzudämmen. Es ist ganz unzweckhaft, daß nur aus Angst die Regierung zu der Verlängerung geschritten ist; aber mit derselben wird weder für sie noch für die herrschenden Klassen etwas erreicht. Wenn etwas dazu beigetragen hat, den Hass gegen die bestehenden Einrichtungen zu steigern und demoralisirend zu wirken, so ist es dies Gesetz gewesen. Das Studium der Zeitungen sollte dem Minister schon erweisen, mit welcher Willkür in der Handhabung des Gesetzes vorgegangen wird. Es heißt in der Vorlage, daß die großen Massen noch heute einverstanden seien mit der Verlängerung des Ausnahmegesetzes. Mich würde es mit Genugthuung erfüllen, wenn es aus Anlaß dieses Gesetzes zu einer Auflösung des Reichstags käme. Die Neuwahlen würden denen eine große Enttäuschung bringen, welche hoffen, daß die Mehrheit des Volkes für die Verlängerung stimmen werde. Man hat sich in weiten Kreisen von der Unzulänglichkeit und Ungerechtigkeit dieses Gesetzes überzeugt. Interessant würde mir besonders das Votum der Centrumswähler sein, die 14 Jahre lang unter dem Druck von Ausnahmegesetzen gelebt und dieselben ausschärfte verurtheilt haben. Man weiß auf die zunehmende Verbreitung socialdemokratischer Schriften hin. Ich habe früher bereits gesagt, daß gerade unter dem Ausnahmegesetz die verbotenen Schriften an Anziehungskraft gewinnen werden. Der "Socialdemokrat" hat gerade in den letzten Jahren bedeutend an Ausbreitung gewonnen. Es wird den Behörden auch schwer, socialdemokratische Schriften und Zeitungen abzufangen, weil mit den Jahren auch die Organisation der Schriftenverfassung geschrägter eingerichtet ist. Jetzt ist sie der Art, daß jedes Quantum verbotener Schriften eingeführt werden kann. (Hört! hört!) Das sollte Ihre Meinung in Betreff der Haltbarkeit des Socialistengesetzes erschüttern. Auch der Anarchismus ist durch das Socialistengesetz gefördert, die Väter desselben sind die moralischen Mörder Rumpffs. Der Minister verlangt Beweise dafür, daß die preußische Polizei die Agents provocateurs unterstützt. Ich erinnere an Neumann, der hier in Berlin die "Freiheit" mit Erlaubnis des Polizeipräsidiums colportierte und dann nach London in die Expedition derselben ging, bis er als Spion entlarvt wurde. Ich erinnere an Wolff, der notorisch mit der Polizei in Verbindung stand und von hier aus Correspondenzen für die "Freiheit" schrieb, in der er die "parlamentarische Socialdemokratie" mit Hohn überschüttete. Ich nenne endlich noch den sächsischen Polizeispion Schmidt, der in der Schweiz bemüht war, einen Attentatsfonds zu gründen, den aus Berlin ausgewiesenen Friedemann, der in Zürich im anarchistischen Sinne thätig war. In dem Berichte des Schweizer Generalstaatsanwalts wird Weiß als preußischer Spion bezeichnet. Ich sehe den Hrn. Minister suchen. Die Bemerkung steht auf Seite 112. (Heiterkeit.) Die Untersuchung in der Schweiz ist veranlaßt durch die Thatsache, daß beim Bundesrat in Bern Drosbriete einliefern, der Bundespalast solle in die Luft gesprengt werden. Der Bundesanwalt nun kommt zu einem ganz anderen Resultat, als es hier von uns vorgeführt wird. Er stellt die ganze anarchistische Bewegung in der Schweiz hin als das Werk auswärtiger Emissäre. Der bündestaatsanwaltliche Bericht verwirft dann die Einführung eines Ausnahmegesetzes in der Schweiz als eine Gefahr für den Staat. In Deutschland würde ein Staatsanwalt schwer-

lich ein so objectives Urtheil abgeben. Wie unendlich groß steht das Verfahren der schweizer Behörden da gegen fremde Ausländer und wie erbärmlich klein das deutsche Reich! (Präsident v. Wedell ruft den Redner zur Ordnung; Beifall rechts.) Ihr Beifall ändert nichts an der Thatsache. Von den Parteien dieses Hauses werden zwei unbedingt für die Verlängerung des Socialistengesetzes eintreten: die Rechte und die Nationalliberalen. Diese haben bei den letzten Wahlen in den verschiedensten Wahlkreisen um unsere Stimmen gebuhlt. (Hört! hört! links.) Unser College Fischer (Heiterkeit links) hat dies in München in dem Wahlkreise, wo sich die Nationalliberalen und das Centrum gegenüberstanden. Er sprach in einer Versammlung die Meinung aus, daß das Socialistengesetz schließlich überflüssig sein werde; die Socialdemokraten seien gar nicht so schlimm, wie sie dargestellt würden. Er erinnerte sich, wie er in seiner Jugendzeit, als er ins politische Leben eintrat, bingestellt worden sei, und wie stehe er jetzt da? (Große Heiterkeit links.) Er habe sich garnicht geändert, nur die Verhältnisse. (Erneute Heiterkeit.) Zum Schlusse sagte Herr v. Fischer: Stimmen Sie für einen Ultramontanen, treten Sie dem frechen Ultramontanismus entgegen! Deutlicher kann man sich nicht an die Socialdemokraten wenden, als es damals geschehen ist. Als in Köln, wo die Socialdemokraten 3-4000 Stimmen zu vergeben hatten, ein angeblicher Socialdemokrat in einer Versammlung erklärte, seine Partei würde für den nationalliberalen Kandidaten stimmen, stimmte die "Köln. Btg." einen wahren Dithyrambus an; die Zunahme der socialdemokratischen Abgeordneten sei durchaus kein Unglück, die Socialdemokraten seien gar nicht die schlimmsten Feinde des Staates und der Gesellschaft. Wie will man dann aber ein solches Ausnahmegesetz rechtfertigen? Von denselben Blatte wurde auch der Socialdemokrat für weniger gefährlich erklärt als ein Demokrat, wie Sonnemann, oder als ein Welfe wie Brügel in Hannover. Von diesem von der Regierung inspirierten Blatt wurden also diese drei Parteien für gefährlicher erklärt, als die Socialdemokraten. (Abg. Windthorst: Hört! hört!) Das Centrum wird auch diesmal den Ausschlag geben. Es wird zweitelloos auch diesmal der Regierung Peeresfolge leisten (Abg. Racke: Warum?) Ich freue mich, daß Sie es nicht thun wollen. Es werden genau soviel dafür stimmen als nothwendig ist, daß das Socialistengesetz angenommen wird. (Heiterkeit) Die Herren in Rheinland und Westfalen werden nicht für das Gesetz stimmen, um es nicht mit den industriellen Arbeitern zu verderben, die politisch gebildeter sind als die schlesischen Bauern und die Ost- und Westpreußen. Dann bestimmt Sie auch die Einleitung des Culturkampfes, nicht mehr so feindselig wie früher gegen die Regierung zu sein. Ich mache dem Centrum keinen Vorwurf, aber den Wählern möchte ich jede Täuschung über die Sstellung des Centrums benehmen. Vor zwei Jahren hat man eine Verlängerung des Gesetzes auf zwei Jahre beantragt, jetzt auf fünf Jahre ohne weitere Begründung. Damals geschah dies mit Rücksicht auf eine Veränderung in der Spise des Staates. Wenn man nun, trotzdem dieser Moment näher herangekommen, doch die Verlängerung auf 5 Jahre will, so schließe ich daraus, daß es nicht gelungen ist, bei dem künftigen Träger der Krone die Zustimmung zu dem Gesetz zu erhalten. Man weiß, wie gern man sich Illusionen macht bei Aenderungen der Staatsgewalt. Je rascher diese Illusionen zerstört werden, um so besser. Sie denken uns mit diesem Gesetz zu vernichten, wir werden Sie besiegen. (Lebhafster Beifall bei den Socialdemokraten.)

Hierauf wird die weitere Berathung auf Freitag vertagt.

Produktmärkte.

Königsberg, 18. Februar. (v. Portaibus u. Gr. öste.) Weizen loco 1000 Kilo hochunter 1228 145,75, 125,68 148,25 M. bez., bunter ruff. 1068 blsp. 83,50, 1138 107, 1148 u. 1158 104,75, blsp. 98,75, 1228 121,25 M. bez.,

rother 1208 145,75, 1278 und 1298 157,50 M. bez. — Roggen loco 1000 Kilo inländ. 111/28 112,50, 1178 118,75, 1198 121,25, 1228 125 M. bez., ruff. ab Bahn 1068 80, 1198 96,75, 1208 98, 1248 103 M. bez., Gerste loco 1000 Kilo große 114,25, 125,75 M. bez., kleine ruff. 83, 84,25 M. bez. — Hafer loco 1000 Kilo loco 110 M. bez. — Erbsen loco 1000 Kilo weiße 100 M. bez., graue 122,25 M. bez. — Bohnen loco 1000 Kilo 111, 115,50 M. bez. — Widen loco 1000 Kilo 111, 117,50, 120 M. bez. — Kleesaat loco 50 Kilo rothe 46 M. bez. — Spiritus loco 10000 Liter % ohne Fas loco 36 1/4 M. Gd., 1/2 Februar 36 1/4 M. Gd., 1/2 März 37 M. Gd., 1/2 Frühl. 38 M. Gd., 1/2 Mai-Juni 38 1/4 M. Gd., 1/2 Juni 39 1/4 M. Gd., 1/2 Juli 40 M. Gd., 1/2 August 40 1/4 M. Gd., 1/2 Sept. 41 1/4 M. Gd. — Die Notirungen für russisches Getreide gelten transito.

Stettin, 18. Febr. Getreidemarkt. Weizen fest, loco 133,00—154,00 M., loco April-Mai 157,50, loco Mai-Juni 159. — Roggen unveränd. loco 122—130, loco April-Mai 134,00, loco Mai-Juni 134,50. — Rübstol geschäftslos, loco April-Mai 43,70, loco Sept.-Oktbr. 45,50 — Spiritus fest, loco 36,60, loco April-Mai 38,00, loco Juni-Juli 39,40, loco Juli-August 40,10. — Petroleum loco versteuert, Usance 1% loco 12,20.

Berlin, 18. Februar. Weizen loco 140—162 M., loco April-Mai 154 1/4—153 1/4 M., loco Mai-Juni 157 1/4—156 1/4 M., loco Juni-Juli 159 1/2—158 1/4 M., loco Juli-August 161 1/4—160 1/2 M., loco September-Oktbr. 165—164 M. — Roggen loco 131—137 M., guter inländ. 133—134 M., feiner inländischer 134 1/4—135 M., hochfeiner — M. ab Bahn, loco April-Mai 137 1/4—137 1/2—136 1/4 M., loco Mai-Juni 138 1/4—138 1/2—137 1/4 M., loco Juni-Juli 139 1/4—139 1/2—138 1/4 M., loco Juli-August 140 1/4—139 1/2 M., loco September-Oktbr. 141—141 1/2—140 1/2 M. — Hafer loco 123 bis 160 M., östl. und westpreuß. 126—137 M., pommerscher und brandenburgischer 136—143 M., seiner schlesischer, mährischer und böhmischer 145 bis 157 M., russischer 126—130 M., gering polnischer — M. ab Bahn, loco April-Mai 126 1/4—126 1/2 M., loco Mai-Juni 128 1/4—128 1/2 M., loco Juni-Juli 130 1/4—130 1/2 M. — Gerste loco 108—117 M. — Mais loco 117—125 M., loco April-Mai 100 M., loco Mai-Juni 108 1/4 M., loco Sept.-Oktbr. 110 1/4 M. — Kartoffelmehl loco 15,50 M., loco Februar 15,50 M., loco Februar-März 15,50 M., loco April-Mai 15,80 M., loco Juli-August — M. — Kartoffelstärke loco 15,50 M., loco Februar 15,50 M., loco April-Mai 15,80 M. — Feuchte Kartoffelstärke loco 8,00 M. — Erbsen loco — loco 1000 Kilogramm Futterwaare 180—140 M., Kochwaare 150—200 M. — Weizenmehl Pr. 0 21,75 bis 20,00 M., Pr. 0 20,00 bis 19,00 M., Pr. 0 u. 1 18,50 bis 17,25 M., Pr. 0 Marken 19,80 M., loco Februar 18,30 M., loco Februar-März 18,30 M., loco März-April — M., loco April-Mai 18,40 M., loco Mai-Juni 18,50 M., loco Juni-Juli 18,60 M., loco Juli-August — M. — Rübstol loco ohne Fas 43 M., loco April-Mai 43,8 M., loco Mai-Juni 44,1 M., loco Sept.-Oktbr. 45,8 M. — Petroleum loco — M., loco Februar — M., loco April-Mai — M., loco Spiritus loco ohne Fas 37,9 M., loco Februar 38,8—38,5 M., loco Februar-März 38,8—38,5 M., loco April-Mai 39,2—39 M., loco Mai-Juni 39,5—39,3 M., loco Juni-Juli 40,3—40,1 M., loco Juli-August 41,2—40,9 M., loco August-Sept. 41,72—41,5 M.

Magdeburg, 18. Februar. Buderbericht. Kornzucker, exkl. von 96 % 22,75 M., Kornzucker, exkl. 88° Rendem. 21,60 M., Nachprodukte, exkl. 75° Rendem. 19,00 M. Kau. — Gem. Nassfrüde mit Fas. 28,00 M., gem. Melis I. mit Fas. 26,00 M. Geschäftslös, Preise nominal.

Berantwortliche Redactoren: für den politischen Theil und verschiedene Nachrichten: Dr. B. Herrmann, — das Feuilleton und literarische K. Höddner, — den lotalen und provinzialen, handels-, maritime-Theil und den übrigen redaktionellen Inhalt: A. Klein, — für den finanzpolitischen Theil A. W. Klemann, sämtlich in Danzig.